

3 WAHLBOYKOTT IN DEN USA

International

6 WER ÜBERNIMMT FÜR MERKEL?

BRD

8 SCHWIMMBÄDER SIND FÜR ALLE DA?!

Bremen

10 VERSPROCHEN IST VERSPROCHEN UND WIRD SO OFT GEBROCHEN

Thüringen

12 DER STAAT UND DIE RIGA 94

Berlin

14 LEBST DU NOCH, ODER FLIEGST DU SCHON?

Hamburg

16 100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

Frauen

18 FEINE SAHNE FISCHFILET ANTIFASCHISTISCHE KULTUR?!

Kultur

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

viel ist geschehen seit der letzten Ausgabe der RoPo. International lassen die Imperialisten und ihre Lakaien immer wieder ihre Säbel rasseln, wie es zuletzt mal wieder zwischen der Ukraine, deren Regierung als Lakai des US-Imperialismus dient, und dem russischen Imperialismus geschehen ist. Diese Ereignisse rufen uns erneut ins Gedächtnis, dass die Imperialisten stets um die Neuaufteilung der Welt kämpfen – mal offen, mal versteckt. In diesem System ist keine friedliche Entwicklung möglich und wenn die Widersprüche sich zuspitzen ist die Option der Imperialisten nun mal der imperialistische Raubkrieg, um sich einen möglichst großen Teil der zu verteilenden Beute zu schnappen. Allerdings ist dies momentan noch nicht in ihrem Interesse. Aber die kürzlichen Ereignisse sollten unsere Wachsamkeit erhöhen.

Auch die BRD bereitet sich weiter auf mehr Krieg vor. Die Errichtung neuer Militärstützpunkte, wie erst kürzlich im Niger machen dies deutlich. Aber auch der verabschiedete Haushalt der deutschen Regierung zielt in diese Richtung. Vor allem zwei Bereiche haben mehr Mittel bekommen. Zum einen die sogenannte Entwicklungshilfe, mit dieser verstärkt und lenkt der deutsche Imperialismus vor allem die Ausbeutung der unterdrückten Länder. Zum anderen bekommt auch das Militär wieder einmal mehr Geld, was der Zweck davon ist muss wohl kaum erläutert werden. Das heißt auch der deutsche Imperialismus bereitet sich darauf vor ein größeres Stück vom Kuchen zu ergattern. Für die Arbeiterklasse und die Unterdrückten aller Länder bedeutet dies noch mehr Ausbeutung, Hunger und Tod. Zur gleichen Zeit steht die

Frage offen in welche Richtung sich die politische Führung der Regierungspartei CDU entwickelt, die Kandidaten und wofür sie stehen wollen wir in der Kategorie BRD einmal beleuchten.

Es entwickeln sich aber auch die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Unterdrückten auf der ganzen Welt. So gibt es in den USA, dem Hauptfeind der Völker der Welt, auch Genossen die sich als eine organisierte Kraft der Arbeiterklasse entwickeln. Mit ihren Aktionen zum Wahlboykott gegen die letzten Wahlen in den USA beschäftigen wir uns diese Ausgabe.

Auch in der Kategorie Frauen geht es um Wahlen. Genauer gesagt um das 100. Jubiläum des Frauenwahlrechts in Deutschland und die Frage was es den Frauen tatsächlich im Kampf um ihre Emanzipation gebracht hat.

Weiterhin freuen wir uns auch über Kritik und Anregungen für die nächsten Ausgaben der Roten Post, wenn ihr eine Idee habt könnt ihr gerne an rotepost@gmx.de schreiben.

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

WAHLBOYKOTT IN DEN USA

In den USA fanden am 6. November die „Midterm Elections“ also die „Zwischenwahlen“ statt. Bei diesen Wahlen können alle Wahlberechtigten Amerikaner den US-Kongress wählen. Auch in Deutschland wurde mit Sorge auf diese Wahl geschaut. Schließlich geht Trump auf Konfrontationskurs mit der BRD und die Demokraten wollen die Widersprüche zwischen Deutschland und den USA nicht so offensiv zuspitzen. Das ist für die deutsche imperialistische Bourgeoisie von Bedeutung. Schließlich sind die USA keine Nation wie jede andere. Der US-Imperialismus ist im Moment die einzige imperialistische Supermacht auf der Welt. Durch seine politische, ökonomische und militärische Stärke ist er in der Lage alle anderen Länder zu dominieren. Über eintausend Militärbasen und -stützpunkte im Ausland, milliarden schwere Militärausrüstung und eine riesige Truppenstärke sprechen eine eindeutige Sprache. Hinzu kommen auch noch die NATO und Institutionen wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds oder die Vereinten Nationen in welchen die USA den Ton angeben. Das alles dient der Vorherrschaft des US-Imperialismus, dem größten Massenmörder der Welt und der Hauptfeind der Völker der Welt ist. Millionen und Abermillionen von Toten, Verstümmelten, Gefolterten, Verwundeten und Vertriebenen pflastern seinen Weg. Und während der Widerstand der Völker der Welt deutlich spürbar ist nehmen die Widersprüche inmitten der USA massiv zu. Die Zahl an Heroinabhängigen und -toten steigt rasant an, Obdachlosigkeit wird ein immer größeres Problem, Hunderttausende sind nicht krankenversichert und unzählige müssen um ihre Jobs bangen. Und sowohl die Republikaner als auch die Demokraten behaupten ihre Kandidaten würden die drängenden Probleme der Menschen lösen. Die Bourgeoisie tut so, als würde sich das alles beheben lassen wenn nur das richtige Personal an der Macht wäre, als wäre all das nicht Ausdruck des sterbenden Systems das sie verzweifelt versuchen am Leben zu erhalten..

Mit Wahlen versucht die Bourgeoisie ihrem System den Schein von Legitimität zu geben. Außerdem schaffen sie so die Illusion wir könnten tatsächlich an der Wahlurne entscheiden wie die Gesellschaft in der wir leben aussehen soll. In der kapitalistischen

Demokratie versuchen sie uns weis zu machen wir könnten einfach mitentscheiden. Aber alles was uns tatsächlich das Leben schwer macht steht bei den Wahlen der Bourgeoisie überhaupt nicht zur Debatte. Das Privateigentum an Produktionsmitteln kann nicht über die Wahlen abgeschafft werden. Wir können aussuchen wer uns die nächsten Jahre regieren soll, aber egal wer regiert, in diesem System herrscht das Kapital. Wie der große Karl Marx es ausdrückte *„wir können einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll“*. Das ist nicht was das Proletariat in Deutschland, den USA, oder überall sonst braucht.



Wahlen NEIN! Revolution JA!

Aber während die Herrschenden in den USA alles versuchten um die Massen zum Wählen zu animieren gibt es auch dort die revolutionären Kräfte, die die Wahlfarce als ganzes boykottierten. Unter den Parolen *„Wahlen, NEIN! Revolution, JA!“*, *„Alles ist Illusion, außer der Macht!“* und *„Erkämpft den Himmel mit der Macht der Gewehre!“* machen sie deutlich, dass nur der bewaffnete Kampf diesem System ein Ende machen wird. In einer längeren Erklärung konkretisieren sie dies noch einmal und betonen, dass die dringendste Notwendigkeit die Schaffung einer Maoistisch-Kommunistischen Partei ist, die den Kampf um die Macht führt. Die Wahlboykott-Kampagne wurde in verschiedenen

INTERNATIONAL

Teilen der USA geführt und von den Red Guards (Rote Garden) in Austin, Los Angeles, Kansas City, Pittsburgh und Charlotte unterstützt. Der passive Boykott der Wahlen der Bourgeoisie ist in den USA sowieso Realität. Selbst zur Wahl Donald Trumps im Jahr 2016 erschienen nur 58,9 % der Wahlberechtigten tatsächlich an der Wahlurne. Das bedeutet 41,1% der Wahlberechtigten haben ihre Stimme gar nicht erst abgegeben. Zur jetzigen Midterm-Wahl haben 48.1% gewählt. Das heißt mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten hat nicht gewählt. Dazu muss ergänzend gesagt werden, dass es dort sehr leicht ist seine Wahlberechtigung zu verlieren bspw. Reicht ein Gefängnisaufenthalt und man hat sein Wahlrecht verwirkt. Und das in dem Land welches die höchste Zahl an Inhaftierten pro 100.000 Einwohner hat (Insgesamt sind 2.121.600 Menschen inhaftiert). Von den Millionen illegal in den Vereinigten Staaten lebenden Migranten ganz zu schweigen.

Gemessen an der Bevölkerungszahl der USA haben sogar nur 34,6 % der Menschen gewählt. Dies unterstreicht noch ein mal mehr wie wenig die Regierung der USA dem Willen der Bevölkerung entspricht. Und gerade in den armen Gegenden der USA ist die Wahlbeteiligung besonders gering. Dies zeigt wie wenig Vertrauen in die Bonzen aus der Politik besteht, die vor den Wahlen seit Jahrzehnten das Blaue vom Himmel versprechen. Abereinfachnurnichtzuwählen

reicht natürlich nicht. Die Herrschenden machen sich nirgendwo davon abhängig wie viele Menschen ihrer Herrschaft den Schein von Legitimität geben.

Aber die Revolutionäre in den USA setzen mit ihrer Kampagne der Resignation und Passivität etwas entgegen. Den aktiven Wahlboykott. Kein bloßer Aufruf nicht zu wählen sondern die Aufforderung sich zu organisieren, dieses System zu stürzen und die Diktatur des Proletariats zu errichten.

In Kansas City befragten Aktivisten von Serve The People (Dem Volke Dienen) mehrere Menschen in proletarischen Vierteln wie sie zu den Wahlen und revolutionärer Gewalt stehen. Die Menschen drückten in der Hauptsache ihre entschiedene Ablehnung der Wahlen aus, luden die Aktivisten zu sich nach Hause ein und diskutierten mit ihnen verschiedene Themen.

In der Auswertung ihrer Aktion schreiben sie *„Es wird erwartet dass ungefähr 60% der Wählerschaft während der Zwischenwahlen zuhause sitzen wird und bei den Präsidentschaftswahlen 2016 waren es rund 40%. Das spiegelt wider, dass ein großer Teil der Massen wenig Vertrauen darin hat, dass das Wahlsystem ihr Leben beeinflussen wird. Während der Feind weiterhin versucht, diese Illusionen zu verbreiten, dass „jede Stimme zählt“, versuchen Gruppen wie STP-KC*





[Serve The People – Kansas City], die Wahrheit über das bürgerliche System zu sagen und den bereits bestehenden passiven Widerstand in einen aktiven und militanten Widerstand zu verwandeln.

Anfang Oktober wurde die Wahlboykottkampagne mit einer Feier zum 69. Jahrestag des Sieges der Chinesischen Revolution verbunden. Zu diesem Anlass wurden Ballons mit Parolen gegen die Wahlen und Portraits des Vorsitzenden Mao in die Luft steigen gelassen. Außerdem wurden an den Büros von Politikern Schweineköpfe festgenagelt und darunter Botschaften angebracht.



O'Rourke ist ein imperialistisches Schwein

Ein deutliches Signal an die Bonzen die versuchen das Volk zu betrügen und denken, dass sie das auf ewig ungestraft treiben können.

Abschließend können wir sagen, dass die Kampagne der Genossen auf fruchtbaren Boden gefallen ist und den richtigen Weg weist. Denn in den USA wie überall gilt: **Ausbeutung abwählen? Das klappt nie! Boykottiert die Wahlen der Bourgeoisie!** *

WER ÜBERNIMMT FÜR MERKEL?

Mittlerweile ist es beschlossene Sache, die momentane Bundeskanzlerin Angela Merkel wird vom Parteivorsitz der CDU zurücktreten. Viel ist passiert. Innerhalb der CDU hat sie sich einige Feinde gemacht und die Wahlerfolge der AfD wurden dazu benutzt die CDU noch weiter nach rechts zu rücken (natürlich unter dem Vorwand verlorene Wähler zurückzugewinnen). Die Hessenwahl war ein Desaster und auch die Diskussion um Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen hat Spuren hinterlassen. Im Allgemeinen haben die beiden „Volksparteien“ SPD und CDU viele ehemalige Wähler verloren. „Volksparteien“ heißt hier nichts anderes, als dass sie viel gewählt wurden, ob im Interesse des Volkes, das wagen wir zu bezweifeln. Diejenigen, die noch nicht alle Illusionen in das parlamentarische System verloren haben, haben häufig auch aus Frustration und einem fehlgeleiteten Verständnis von Protest die AfD gewählt. Sie wollten den etablierten Parteien mal einen Denkmittel verpassen und haben ihr Kreuz an anderer Stelle gesetzt. Vor allem konnte sich die AfD besser als die Linkspartei als „Protestpartei“ darstellen. Im Endeffekt aber haben diese Leute so nur einer anderen Fraktion der Bourgeoisie zu mehr Macht verholfen - einem Teil der Bourgeoisie, der noch rücksichtsloser die Interessen der Arbeiterklasse mit Füßen treten und die Völker der Welt aussaugen will. Jetzt soll Merkel also weg. Aber wer soll statt „Mutti“ den CDU-Vorsitz übernehmen? 12 Kandidaten haben sich schon um den Posten beworben. Die zwei „Vielversprechendsten“ wollen wir hier einmal genauer unter die Lupe nehmen.

Friedrich Merz

Der ehemalige Unionsfraktionschef Friedrich Merz hatte es nicht leicht. Im Jahr 2002 zur Nummer zwei hinter Merkel verdammt, fristete er ein Dasein im Hintergrund. Aber er hat einige Qualitäten die jeden guten Politiker auszeichnen. Er ist ein Karrierist durch und durch. Weil er nicht den gewünschten Posten in der Politik bekam wechselte er 2009 in die Privatwirtschaft. Dort wurde er aufgrund der vielfältigen Kontakte, die er in seiner Zeit als Berufspolitiker gesammelt hatte schnell erfolgreich. Das ist auch schon seine nächste Qualität, er ist die Personifikation der Personalunion von Staat und

Finanzkapital. Er verbindet was zusammengehört. Die Interessen der deutschen Monopole und die des deutschen bürgerlichen Staates, also des deutschen Imperialismus. Er ist Multitaskingfähig, saß bei verschiedensten Banken im Aufsichtsrat und ließ dort seine Beziehungen spielen. Dafür strich er natürlich auch ein angemessenes Tagesgehalt von 5000 Euro ein. Seit März 2016 ist er als Aufsichtsratschef und Lobbyist für den deutschen Ableger des weltweit größten Vermögensverwalters BlackRock tätig. Im Handelsblatt schrieb die Journalistin Heike Buchter über Black Rock: *„Keine Regierung, keine Behörde hat einen so umfassenden und tiefen Einblick in die globale Finanz- und Firmenwelt wie BlackRock.“*. Glücklicherweise hat Merz auch einen – für Politiker – typischen, familiären Hintergrund. Sein Großvater war überzeugtes NSDAP-Mitglied und er stammt aus einer alteingesessenen Juristenfamilie. Also ist er nicht nur reich sondern auch in der Lage sich nervige Dinge wie das bürgerliche Recht des deutschen Staates vom Hals zu halten. Das könnte noch nützlich werden, schließlich wurden vergangenen Monat die Räume des Münchener Vermögensverwalters BlackRock, seinem ehemaligen Arbeitgeber, durchsucht. Aber das ganze Geld hat ihn kein bisschen vom alltäglichen Leben der Menschen entfremdet. Er sei bodenständig geblieben, verstehe die Probleme der Bürger, müsste selbst häufig zwischen dem Sauerland und Berlin hin und her pendeln, wie er in einem Interview schildert. Pendeln heißt hier selbstverständlich in einem seiner zwei Privatflugzeuge fliegen. Er sei ein Familienmensch, für den heiligen



Bund der Ehe zwischen Mann und Frau. Mit Rechten und Pflichten. Deswegen stimmte er auch 1997 dafür, dass Vergewaltigung in der Ehe straffrei bleiben sollte. Friedrich Merz ist genau so ein Schwein wie Merkel. Mit dem Unterschied, dass er offener als Merkel sein reaktionäres Wesen zeigt. Mancher würde sagen weniger Fingerspitzengefühl walten lässt. Aber vielleicht ist dies genau das was die CDU braucht um mehr und mehr die offen faschistischen Positionen der AfD zu übernehmen. Also „verlorene Wähler zurück zu holen“. Der Anstoß der Diskussion um das deutsche Asylrecht sind ein Anzeichen davon.

Annegret Kramp-Karrenbauer

Die Generalsekretärin der CDU Annegret Kramp-Karrenbauer schlägt in eine andere Richtung. Sie steht dafür das „Vermächtnis“ der Kanzlerin zu wahren. Sogar mit dem offiziellen Segen der Kanzlerin. Sie steht für die gleiche Politik wie Merkel, aber ein bisschen anders verpackt. Außerdem wirkt der personelle Wechsel zumindest symbolisch wie ein Neuanfang. Das heißt es geht genau so weiter wie bisher. Immer mehr demokratische Rechte die uns genommen werden, immer schärfere Ausbeutung, immer mehr Militarisierung. Das ist für niemanden von uns eine Perspektive. Doch war Annegret Kramp-Karrenbauer zu Beginn noch die Favoritin für den Parteivorsitz der CDU gehen zumindest bürgerliche Medien und „Experten“ davon aus, dass eher Friedrich Merz das Rennen machen wird.



Egal wer regiert, am Ende herrschen die Imperialisten

Aber im Endeffekt ist es für die übergroße Mehrheit in diesem Land nicht von Bedeutung wer genau den Posten besetzt. Sei es jetzt Merkel, Annegret Kramp-Karrenbauer, Friedrich Merz oder irgendein anderer Typ. Keiner von ihnen wird unsere Interessen vertreten. Sie dienen nicht dem Volk sondern in erster Linie sich selbst und den Imperialisten. Natürlich verhalten sich die konkreten Politiker in manchen Situationen unterschiedlich, aber ihr Ziel ist immer das gleiche. Deutschland zu einer imperialistischen Supermacht werden zu lassen, auf dem einen oder anderen Weg. Wir dürfen nicht darauf hoffen, dass die Dinge zumindest nicht noch schlimmer werden. Es wird nicht besser und es wird auch nicht so bleiben wie es ist. Der relative Wohlstand der imperialistischen BRD ist auf der Ausplünderung der unterdrückten Nationen erbaut. Aber überall verschärfen sich die Widersprüche und der Widerstand gegen dieses System wächst überall, besonders in der dritten Welt. Diese Zuspitzung der Widersprüche sorgt auch dafür dass immer mehr Menschen in Deutschland Teil des Proletariats werden und die Lebensbedingungen auch hier immer härter werden. Aber es gibt einen Ausweg aus diesem kaputten System. In Deutschland, die sozialistische Revolution. Die Herrschenden versuchen uns weis zu machen welcher Politiker in der Regierung säße wäre wahnsinnig wichtig für uns. Aber seit etwa 80 Jahren haben wir diese Demokratie, seit dem sind tausende Politiker gekommen und gegangen. Und nie hat es sich zum besseren für unsere Klasse entwickelt. Völlig egal ob SPD, CDU, AfD, Linkspartei, Die Grünen oder die MLPD. Am Ende herrschen die Imperialisten, eine Minderheit, die Mehrheit, das Volk, unterdrückt. Es ist darum die Aufgabe die Kommunistische Partei Deutschlands zu rekonstituieren und damit in Deutschland die Grundlage zu schaffen um diesem menschenverachtenden System endlich ein Ende zu bereiten. Dann werden die Arbeiter das Land regieren. •

SCHWIMMBÄDER SIND FÜR ALLE DA?

Dass die Sporthallensituation in den Arbeitervierteln des Bremer Westen katastrophal ist, ist längst bekannt. Wir berichteten vor ein paar Monaten darüber, dass der Ausbau des Hallensports in gutbürgerlichen Vierteln wie Schwachhausen exzellente Möglichkeiten bietet sich fit zu halten, während in Arbeitervierteln wie Oslebshausen nur wenig Hallen vorhanden sind, die dazu noch völlig marode sind. Auch der Schwimmsport leidet in Bremen unter ähnlichen, erbärmlichen Zuständen – und betrifft vor allem Arbeiter, Arbeitslose und insbesondere ihre Kinder. Und sicher sieht es in den meisten größeren Städten nicht anders aus.

Etwa die Hälfte aller Kinder, die in die dritte Klasse gehen, können nicht schwimmen. Denn vorher gibt es keinen Schwimmunterricht an Bremer Schulen. Alle Kurse vorher müssen von den Eltern selber bezahlt werden. Und die sind teuer. Das sind Ausgaben, die bei normalen Arbeitergehältern oder gar Hartz IV nur schwer geleistet werden können. Außerdem müssen die Bäder – vor allem das Unibad, welches noch die günstigsten Kurse anbietet – ständig kurzfristig geschlossen werden, damit dringende Reparaturen erledigt werden können. Denn zur Zeit werden mehrere Schwimmbäder „saniert“, oder sollen bald saniert werden. Die Stadt Bremen hat 2014 einen Plan für die Bremer Bäder erstellt, der unter anderem den Neubau des Westbads und die Schließung des Unibads beinhaltet. Doch längst ist klar, dass dieser enorm hohe Kosten verursachen wird und es deutlich günstigere Lösungen gäbe. Dennoch wird an dem Plan fest gehalten (er wurde immerhin unter hohem bürokratischem Aufwand beschlossen!). Als Lösung dafür, oder besser gesagt, damit man sich den Fehler nicht eingestehen muss, werden manche Kosten die anfallen einfach unter den Tisch gekehrt. So dass es auf den ersten Blick so aussieht, als wäre alles im Lot.

Was es heißen kann nicht schwimmen zu können, hat der heiße Sommer jüngst gezeigt. Mehrere Menschen sind allein in Bremen ertrunken. Gerade für Kinder wird ein Sommertag mit Freunden am Badensee fernab von Rettungsschwimmern schnell zur Gefahr. Sicherer wäre es also für die betroffenen Kinder, den Sommer nicht in der Nähe des Wassers zu verbringen, was bedeuten würde auf eine der

größten Freuden der Sommerferien zu verzichten. Aber auch der einmalige Besuch im Freibad ist alles andere als erschwinglich. Preiserhöhung gehört schon zum guten Ton bei jeder Freibadsaison. Wenn man heutzutage mal einen Samstag mit seiner Familie im Freibad verbringen möchte, dann muss man schon tief in die Tasche greifen. Mittlerweile kostet die Tageskarte des Bremer Stadionbads für Kinder 2,80 Euro und die Tageskarte für Erwachsene liegt bei 4,50 Euro. Das klingt nicht nach viel Geld? Wenn man die übersteuerten Fahrkarten der BSAG und Verpflegung für zwei Erwachsene und zwei Kinder mit einberechnet ist man schnell bei über 25 Euro – ein Betrag der insbesondere Leiharbeitern und Erwerbslosen an anderer Stelle fehlen wird. Kein Wunder also, dass die Besucherzahlen der Schwimmbäder in den letzten zehn Jahren um fast eine halbe Million gesunken sind. Letztendlich werden die Preise für den Schwimmbadbesuch, vor allem im Anbetracht des wahnwitzigen Bäderplans, wohl weiter in die Höhe schießen und das Volk muss wieder einmal die Fehler ausbaden, die von unfähigen Gestalten, die mit Geld nur so um sich werfen, begangen wurden.



Selbst wenn dann mal ein Schwimmkurs bezahlt werden konnte, oder das Schwimmen in der Schule gelernt wurde, am Ende fehlt es den Kindern auch an der Möglichkeit wirklich mal schwimmen zu gehen. Denn Arbeiterfamilien werden systematisch von dieser Aktivität ausgeschlossen. Dieses marode Ausbeutersystem quetscht uns so sehr aus, dass der hart verdiente Lohn am Ende des Monats nur eben so zum Leben reicht. Denn die Ausbeuter sind nicht interessiert daran, dass wir uns ein schönes Leben

machen können. Sie geben uns gerade so viel Geld, dass wir nicht verhungern und uns ein Dach über dem Kopf, irgendwo am Stadtrand, leisten können. Das Mindeste um am nächsten Tag wieder auf der Arbeit erscheinen zu können, während die Ausbeuter durch uns riesige Profite einheimsen.

Nun kommen die Herrschenden mit einem Programm um die Ecke mit dem sie auch „armen Familien“ ermöglichen „wollen“ an Schwimmkursen teilzunehmen. Allerdings ist nicht deutlich definiert wer als arm gilt und wer eben nicht. Klar wird nur, dass zumindest Hartz IV Empfänger als arm anerkannt werden. Auch das ist heute keine Selbstverständlichkeit, wie sich vor einigen Monaten durch die Äußerungen des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn (CDU) gezeigt hat. Ein weiterer Aspekt, bei angeblichen Hilfsprogrammen wie diesem, ist der, der Bürokratie. Es muss bedacht werden was für ein bürokratischer Aufwand mit Verfahren wie diesem einhergeht. Wie sollen solche Verfahren von Menschen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Sprache (und schon gar nicht beamtendeutsch) nicht (oder zumindest nicht ausreichend) beherrschen, bewältigt werden?! Und so fällt schon mal wieder ein sehr großer Teil von Menschen weg, die dieses angebliche Hilfsangebot nicht in Anspruch nehmen können.

Außerdem wurde vor einigen Wochen ein Antrag der Linken in der Bürgerschaft abgelehnt, in dem sie eine Preisermäßigung für Kinder aus Hartz IV Familien, für Schwerbehinderte forderte. Außerdem sollten Kinder unter sechs Jahren die Bremer Bäder kostenlos nutzen dürfen. Alle anderen Bürgerschaftsfraktionen sprachen sich jedoch gegen den Vorschlag aus - aus Gründen des „Haushalts“. Wir wollen in keinem Fall

die Linke in den Himmel loben, denn diese ist ebenso wie alle anderen bürgerlichen Parteien ein Teil Systems, das die Arbeiter ausbeutet und unterdrückt. Auch die Linke will dieses System aufrechterhalten und arbeitet gegen die proletarische Revolution, mit der die Arbeiterklasse endlich an die Macht kommen wird. Selbst wenn die Linken noch mehr als andere Parteien versuchen den Schein zu erwecken, als wäre sie die Partei des „kleinen Mannes“ sind sie genauso wenig die Lösung für all unsere Probleme. Letztendlich dienen Forderungen wie diese nur der Bestechung der Arbeiter im eigenen Land, die durch Extraprofite aus den unterdrückten Nationen gewährleistet werden können und dafür sorgen sollen, dass die Ausgebeuteten und Unterdrückten hierzulande ruhig bleiben und nicht rebellieren.

Doch wir müssen uns nicht weiter gefallen lassen wie der letzte Dreck behandelt zu werden. Wir dürfen uns nicht blenden lassen von ihren angeblichen Hilfsprogrammen oder ihrer scheinheiligen sozialen Politik, mit der sie versuchen uns zu bestechen. Dieser Staat ist der Staat der Ausbeuter und Unterdrücker. Der Staat derer, die für unser Leid verantwortlich sind. Vereint als Klasse müssen wir dagegen kämpfen, für unseren Staat, den Staat der Arbeiter den wir bis zum Kommunismus gegen die Reaktion verteidigen müssen, um endlich unsere vollkommene Befreiung zu erfahren. Wir haben nichts zu verlieren außer unseren Ketten, doch wir haben eine Welt zu gewinnen. •



VERSprochen IST VERSprochen UND WIRD SO OFT GEBROCHEN

„Versprochen ist versprochen und wird auch nicht gebrochen“. Diesen Satz hat wahrscheinlich jeder schon einmal von einem Erziehungsberechtigten gehört. Immer weniger Menschen in Deutschland können sich jedoch auf die faulen Versprechen verlassen, die ihre Arbeitskäufer ihnen geben. Immer mehr Unternehmen begehen Tariffucht und kündigen die Tarifverträge einseitig auf, oder weigern sich schlicht ganz einen abzuschließen. In der angeblich symbiotischen Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist der Tarifvertrag als wichtigster Pfeiler der „Sozialpartnerschaft“, das Versprechen auf dessen Grundlage die Interessen der beiden Parteien miteinander vermittelt werden sollen. Wessen Interessen dabei anscheinend mehr zählen und ob man diese Interessen überhaupt miteinander vermitteln kann oder sollte, davon soll dieser Text handeln.

In der Berufsschule wurde mir „das Postulat der Sozialpartnerschaft“ damals so erklärt. In unserer Gesellschaft gibt es Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Beide brauchen einander. Die Arbeitgeber geben Arbeit, schaffen also Arbeitsplätze, zahlen Löhne und nicht zuletzt Steuern, von denen dann wiederum der Sozialstaat finanziert wird, der für den Fall einspringt, dass man gerade nicht in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt durch den Verkauf der eigenen Arbeitskraft zu finanzieren. Die Arbeitnehmer gehen arbeiten und bekommen dafür Lohn, den sie wiederum ausgeben und so den Umsatz der Unternehmen generieren. Die Konditionen dieses Käufer/Verkäufer-Verhältnisses würden im Tarifvertrag festgehalten. Dieser wird zwischen der Arbeitgeberseite, vertreten durch einen Arbeitgeberbund oder einer Branchenvereinigung, und der Arbeitnehmerseite, vertreten durch die Gewerkschaft abgeschlossen. Er umfasst alle Einigungen zum Arbeitsverhältnis: Regelungen zur Arbeitszeit, Pausenzeiten, Urlaubsanspruch, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Sozialplan zur Beschäftigung Älterer, jugendlicher oder behinderter Arbeitnehmer, Altersteilzeit und vieles mehr. Die Höhe des Lohns und die Arbeitszeit können sogar ausschließlich im Tarifvertrag geregelt werden.

In meiner Klasse hat das damals schon keiner für

voll genommen. Jeder wusste zwar, dass seine Ausbildungsvergütung am Ende fast restlos für den Vermieter, die Deutsche Bahn oder die örtlichen Tankstellen sowie den Supermärkten drauf geht, nur musste man auf Grund des Zustands des Klassenzimmers davon ausgehen, dass die Abgaben der Unternehmen anscheinend nicht für Vorhänge oder Rollos gereicht haben. Und einen verbindlichen oder gar allgemeingültigen Branchentarifvertrag hatten die wenigsten Firmen meiner Klassenkameraden inklusive meiner.

Das Ende meiner Ausbildung ist jetzt schon ein paar 1.Mai Demos her aber die Entwicklung der Tariffucht in Deutschland dauert an. Immer mehr Arbeitgeber scheren aus der Tarifbindung aus, indem sie die vom Staat definierten Tarifparteien, also Arbeitgebervereinigungen verlassen und keinen oder ausschließlich einen sogenannten Haustarifvertrag abschließen. Das unter anderem in Isserstedt bei Jena ansässige Unternehmen Porta stieg schon vor 16 Jahren aus der Tarifbindung aus. Ein Beispiel ist hier in Weimars Umgebung neben dem Baumarkt Obi, bei dem bereits 2017 für den Einzelhandelstarifvertrag gestreikt wurde, ist bei Real in Süßenborn zu finden. Real ist ein Unternehmen der Metro-Gruppe. Um „wettbewerbsfähige Entgeltstruktur“ zu erreichen hat die Metro-Gruppe zuerst das Unternehmen Real ausgegliedert und danach den Tarifvertrag zwischen dem konzerneigenen Arbeitgeberverband AHD und der größten deutschen Gewerkschaft Verdi gekündigt, um einen neuen Tarifvertrag mit der Scheingewerkschaft DHV abzuschließen. Dies hatte das Ziel, den Lohn bis zu 40% zu senken. Der Tarifvertrag der DHV beinhaltet dabei einen bis zu 24% niedrigeren Lohn, weniger Urlaubstage sowie weniger Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Real hat ca. 34.000 Beschäftigte. Alte Verträge haben hier noch den Bestandsschutz des alten Tarifvertrages mit Verdi. Soll ein befristetes Arbeitsverhältnis jedoch verlängert werden oder ein Neues aufgenommen werden, soll dies jedoch auf Grundlage des neuen Tarifvertrages mit dem DHV stattfinden.

Die Konkurrenzsituation ist dabei das einzige Argument, dass die Arbeitgeberseite, branchenübergreifend vorzuweisen hat. Dabei ist der

Wirtschaftsstandort des Exportweltmeisters Deutschland stark wie nie zuvor. Nicht zuletzt Dank der niedrigen Löhne auf Grund geringer Tarifbindung. Da der deutsche Außenhandelsüberschuss eine Bedrohung für die übrigen EU-Staaten darstellt, handelt sich Deutschland zum wiederholten Mal eine Rüge durch die EU ein. Diese forderte dabei höhere Löhne um den Binnenkonsum anzukurbeln. Wie stark der Außenhandelsüberschuss zu sein scheint, zeigt sich auch in den Prognosen für das diesjährige Weihnachtsgeschäft. Mit dem dieses Jahr erwarteten Umsatzplus von 2 % soll endlich die 100 Milliarden Euro Umsatzgrenze gesprengt werden. Bei ca. 82 Millionen Einwohnern wären das ca. 1.229 Euro pro Person vom Säugling bis zum Greis. Der Deutsche Handelsverband gibt jedoch an, der Durchschnittsdeutsche gäbe bis zu 470 Euro für Weihnachtsgeschenke aus. Dass die Konkurrenz doch hart ist, zeigt sich an den vielen Firmenfusionen der letzten Jahre. Edeka schluckte Tengelmann, Kaufland fusionierte mit Kaufhof um nur zwei zu nennen. Doch in der Tat gehören die meisten Unternehmen zu großen Konzernen, liefern sich also auf dem Markt eine Scheinkonkurrenz. Da jedoch immer mehr Unternehmen aus der Tarifbindung ausscheren und die Marktführer im Onlinehandel Amazon und Zalando sich glatt weigern einen abzuschließen geht die Abwärtsspirale munter weiter. Dabei wäre es ein leichtes, die Arbeitgeber zu verpflichten in den Branchenvereinigungen zu sein und Tarifverträge abzuschließen und so gemeinsame Regelungen zu beschließen, die die Konkurrenz entschärfen würde.

Die Gewerkschaften kämpfen natürlich um die Tarifbindung. Schließlich ist sie ihre Daseinsberechtigung als Sozialpartner. An den Grundlagen der Produktion, am Privateigentum und der Lohnarbeit wollen sie nichts ändern. So ist es an der Tagesordnung, dass sie kämpferisch starten und viel fordern, nur um nach einiger Zeit klein bei zugeben und sich mit Minimalerfolgen abspeisen zu lassen. Sie sind froh, dass sie überhaupt mitspielen dürfen. Die gesetzlich erlaubten Arbeitskämpfungsmittel wie Streik werden dabei nur selten und im Notfall ausgenutzt. Wie in jeder guten Partnerschaft, will man es erst mit reden probieren und in der Tat, sind die bürokratischen Hürden für einen Streik enorm groß.

Doch der Posten ist eigentlich auch nicht verloren. Immer wieder zeigt die Arbeiterklasse, dass sie kämpfen will und sich nicht mit Minimalforderungen abspeisen lässt. Doch solange ihre einzige Waffe ihre Arbeitskraft ist, die sie dem Arbeitgeber bei Streik entzieht kommt sie mit einem Messer zu einer Schießerei. Während die Arbeiterklasse, die außer ihrer Arbeitskraft kein Kapital hat, darauf angewiesen ist ihre Arbeitskraft zu verkaufen und die Besitzer der Produktionsmittel diese nur widerwillig einkaufen und als Kostenpunkt kalkulieren sind sie erpressbar. Der Staat profitiert von der starken Wirtschaft und dem mächtigen Handel, da er sich über ihn und den daraus resultierenden Außenhandelsüberschuss seine Hegemonie in Europa festigt. Dies zeigt sich beispielsweise an den Streiks der Arbeiter bei Amazon in Leipzig und Bad Hersfeld. Diese streiken seit Jahren für einen Tarifvertrag – ohne Erfolg, da das Unternehmen ihnen durch befristete Verträge und Arbeitsplatz einsparungen durch die Digitalisierung einen Strich durch die Rechnung macht und sich erst gar nicht mit ihnen bzw. ihrer rechtlichen Vertretung, der Gewerkschaft, an einen Tisch setzt.

Wir Arbeiter müssen begreifen, dass wir als Klasse gemeinsame Interessen haben, die im krassen Gegensatz zu den Interessen des Kapitals und ihres Staates stehen. Der Kampf um Tagesforderungen wie einen Tarifvertrag oder höhere Löhne ist nichts wert ohne den Kampf um die Macht. Die Herrschaft des Kapitals auf Grundlage des staatlich geschützten Privateigentums ist die Diktatur der Bourgeoisie. Gegen sie müssen wir die Herrschaft des Volkes, die Diktatur des Proletariats errichten. Wenn bei Real in Süßenborn gestreikt wird, darf bei Axthelm Zufall in Nohra kein LKW losfahren um Waren aus dem Logistikzentrum abzuholen und in den Handel zu bringen und die Busfahrer dürfen die Streikbrecher nicht befördern. Nur wenn wir uns als Klasse zusammenschließen und für unsere gemeinsamen Ziele kämpfen, werden wir siegen. •

DER STAAT, DIE RIGA 94 UND ANDERES KURIOSES

Die Rigaerstraße 94 in Berlin Friedrichshain müsste vielen ein Begriff sein. Entstanden ist dieses linke Wohnprojekt im Jahr 1990. Nach der Räumung der Mainzerstraße im selben Jahr suchten die Aktivisten neuen Wohnraum und stießen so auf das leerstehende Haus in der Rigaerstraße 94 und besetzten es. Schon 2002 gab es erste erfolgreiche Räumungsversuche, welche allerdings nicht lange Bestand hatten. Schnell wurde das Haus nach dem Abzug der Polizei wieder besetzt. Im Januar 2012 wurden bei Kämpfen 51 Polizisten verletzt. Im Zuge dessen stürmten ca. 300 Bullen das Haus, jedoch nicht ohne auf entschiedenen Widerstand zu stoßen. Auch in der folgenden Zeit gab es immer wieder Angriffe auf die Repressionsorgane des Staates, es flogen Steine und auch Molotowcocktails. Mitte Januar 2016 stürmten dann erneut 500 Polizisten ohne jeglichen Durchsuchungsbefehl oder andere richterliche Anordnung das Haus. Als Antwort darauf gingen mehr als 5000 Menschen auf die Straße um die Handlungen der Polizei zu denunzieren.

Im Sommer 2016, pünktlich zu den Senatswahlen, wurde dann erneut versucht zu Räumen, diesmal durch Bauarbeiter, im Auftrag des „Hauseigentümers“, unterstützt durch die Bullen. Ja richtig, durch Bauarbeiter. Fragen wir lieber nicht weiter nach der rechtlichen Grundlage des bürgerlichen Staates für eine solch abstruse Aktion, es gibt auch keine. Was mal wieder zeigt, dass diesem Staat selbst seine eigenen Gesetze nichts bedeuten, wenn es um den Kampf gegen fortschrittliche Kräfte geht. Dies ist kein Einzelfall, erinnern wir uns nur mal an den G20- Gipfel in Hamburg ein Jahr später. Die darauf folgende Demonstration wurde mehrfach auf brutalste Art und Weise von den Bullen angegriffen, was zu vielen verletzten Aktivisten führte. Natürlich blieben diese Angriffe nicht unbeantwortet, es wurde über Stunden gekämpft und Widerstand geleistet.

Da der Staat ganz offensichtlich nicht in der Lage war, die Situation in für ihn annehmbare Bahnen zu lenken, versuchte er Verhandlungen aufzunehmen. Jedoch scheiterten diese sogenannten runden Tische schnell, da sofort klar war, es geht nicht um eine Einigung, sondern lediglich um die Interessen der Bourgeoisie und des Staates. So kam es auch im Jahr 2017 immer wieder zu Provokationen und Angriffen durch die Reaktion und auf jeden Angriff folgte

ein Gegenangriff. Steine, Mollis, brennende Autos, demolierte Bullenwagen wurden zur Normalität im kleinbürgerlichen Friedrichshain. Der Widerstand war und ist einfach nicht zu brechen, was in einem Staat wie der BRD und vor allem in Berlin, wo sich kaum noch jemand Wohnraum leisten kann, der kein Bonze ist, verständlich ist.

Die Reaktion versuchte durch dauerhafte Präsenz einer Hundertschaft die Lage zu „befrieden“, was nur zu mehr Widerstand führte. Dann entschied man sich, die Pflastersteine auf der Straße und dem Gehweg zu entfernen und durch eine Asphaltdecke zu ersetzen. Auch diese baulichen Maßnahmen hatten keinen Erfolg, es flogen weiter Steine. Die Rebellion ist nun mal nicht durch simple administrative Maßnahmen zu ersticken. So sah sich die Polizei gezwungen einen Bewohner der Rigaer 94, welcher unter dem Namen Nero bekannt ist, unter abstrusen Vorwürfen in „Geiselhaft“ zu nehmen, um Druck auf die anderen Bewohner und Aktivisten ausüben zu können. Die Versuche der Reaktion, den Widerstand zu brechen und das Haus zu räumen, lassen sich vor allem auch auf die grassierende Gentrifizierung in Berlin zurückführen. Besonders in Friedrichshain, dem alten ärmlichen Grenzviertel der DDR, explodieren die Immobilien- und Mietpreise exponentiell, denn diese sogenannten alternativen Viertel werden immer gefragter. Den hippen Bonzen gefällt das und den Investoren erst recht, aber es soll nur nach Protest und Alternativität aussehen, echter Widerstand ist natürlich für Menschen dieser Couleur nicht hinnehmbar.

Auch 2018 kamen die Bullen und der Rot-Rot-Grüne-Senat nicht zur Ruhe. Doch der traurige und annähernd unfassbare Höhepunkt der letzten Jahre ereignete sich am 15. November diesen Jahres. 560 Bullen rückten an um vier Wohnungen zu durchsuchen, hauptsächlich in der Rigaer 94. 560 Bullen mit Sturmgewehren und Rammbock, wir reden nicht von kleinen Maschinenpistolen, wie sie in jedem Streifenwagen liegen, sondern von Sturmgewehren, von Waffen, die unter das Kriegswaffenrecht fallen und anderem schweren Gerät. Es wurden sämtliche Türen eingetreten und jeder Wohnraum gestürmt und durchsucht, ob überhaupt ein Durchsuchungsbefehl vorlag ist bisher nicht klar.

Natürlich war auch dieser Einsatz, welcher mehr anmutete wie einer der größten „Anti-Terror-Einsätze“ der letzten Jahrzehnte, eine reine Farce. Die Frage nach dem warum lässt jeden normalen Menschen die Gesichtszüge entgleisen. Aber worum ging es denn, Bombenbau oder Mord? Nein um eine Körperverletzung und leichte Sachbeschädigung. Es geht lediglich um vier bis sieben, junge Personen aus dem Umfeld der Rigaer 94. Tatsächlich widersprechen sich die unterschiedlichen Medien und Bullen immer wieder bei der Anzahl der mutmaßlichen Täter, alleine das sollte schon enorm zu denken geben. So schwer ist es nicht, bis sieben zu zählen.

Im Mai diesen Jahres wurde ein Kioskbesitzer von einer scheinbar unbekanntem Anzahl Vermummter verprügelt und eine Flasche Wein zerstört, so wie ein Zeitungsständer umgeworfen. Der Grund dafür soll sich am selben Tag einige Stunde zuvor ereignet haben. Angeblich wollte eine Bewohnerin der Rigaer Straße bei besagtem Späti ein Paket abholen, jedoch ohne Ausweis, was daher verweigert wurde. Wie gesagt angeblich, denn der besagte Späti ist in der Reichenbergerstraße, das ist in Kreuzberg, in Westberlin, Friedrichshain liegt im Osten, gute 45min Fußweg entfernt. Aus Frust soll die beschuldigte Person dann einen Schokoriegel geklaut haben und wurde nach Angaben des Besitzers von diesem selbst vor dem Laden angegriffen um den Riegel zurück zu erobern. Auch das sollte stutzig machen der Kioskbetreiber riskiert eine Anzeige wegen unverhältnismäßiger Härte und Körperverletzung wegen eines Schokoriegels für 80 Cent? Gegen Abend sollen dann vier bis sieben Personen, je

nachdem, welche Zeitung man liest oder welcher Bulle ein Interview gibt, als „Rollkommando“ den Laden gestürmt haben und den Betreiber verprügelt haben, welcher leicht verletzt wurde und nun unter Posttraumatischer Belastungsstörung leidet. Angeblich soll einer der Täter gerufen haben: „Du hast eine Frau angefasst, das tust du nie wieder!“, wie gesagt angeblich, denn wer das gehört haben will und zur Aussage geben hat, weiß die Reaktion auch nicht mehr so genau. Aber laut Polizei war die Durchsuchung selbst ein Erfolg, zwar ist unklar, ob die Beschuldigten angetroffen wurden oder überhaupt dort leben, da widersprechen sich die unterschiedlichen Zeitungen und Bullen erneut, jedoch wurden „Beweismittel“ sichergestellt. Also angebliche Beweise, man hat Kleidung gefunden, wie sie auch von besagtem „Rollkommando“ getragen worden sein soll. Tatsächlich? Man hat bei Autonomen schwarze Kleidung gefunden, Sherlock Holmes wäre stolz.

Zusammengefasst lässt sich sagen, es gibt keine Indizien oder gar Beweise, es war lediglich ein erneuter schäbiger Versuch, die Bewohner und Aktivisten einzuschüchtern und die Interessen der Bonzen durch zu setzen und ein ziemlicher überzogener dazu. Was aber insbesondere festzustellen ist, ist dass die Reaktion nicht in der Lage ist, diesen Ort des Widerstands unter Kontrolle zu bekommen. Sie muss auf eine Militäroperation zurückgreifen, wie sie sonst in den unterdrückten Nationen gegen „Terroristen“ durchgeführt wird. Der Staat ist einfach nicht mehr in der Lage diese Kämpfe zu ersticken und das ist mehr als gut. *



LEBST DU NOCH, ODER FLIEGST DU SCHON?

Wer in diesen Tagen durch Hamburg geht, dem werden sie nicht entgehen, diese grafisch gut gemachten Plakate vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, in gläsernen Vitrinen. Darauf ist zu lesen „Freiwillige Rückkehr“; „Dein Land. Deine Zukunft. Jetzt!“.

Diese abstrakten Halbsätze werden im Kleingedruckten noch ausgeführt: „Jetzt bis zum 31.12.2018 bis zu zwölf Monate zusätzlich Kosten für die Wohnung im Herkunftsland sichern.“ Dieser Slogan, der wie aus einer schlechten Mobilfunkanbieterwerbung kopiert klingt, wird auch nochmal in verschiedenen Sprachen erklärt, darunter Arabisch, Paschtu, Farsi, und Russisch. Was erst einmal wie ein zynischer Scherz klingt ist tatsächlich die aktuelle Kampagne des Innenministeriums. Mit dieser soll versucht werden möglichst viele „ausreisepflichtige Asylbewerber“ zur Rückkehr in ihr „Vaterland“ oder einen aufnahmebereites „Drittland“ zu bewegen.

Anhand der dort abgebildeten Nationalflaggen lässt sich auf sofort erkennen an wen sich dieser Aufruf richtet. An alle Flüchtlinge aus Afghanistan, Russland, Indien, Pakistan, dem Libanon, der Türkei, Nigeria, Algerien, Albanien, dem Iran, Aserbaidshan, Mali, Somalia, dem Süd Sudan, Georgien, Eritrea, China, und der Ukraine. Die Auflistung begründet sich laut Innenministerium auf die Anzahl der „Ausreisepflichtigen“. Was bei dieser Auflistung aber viel eher auffällt, ist dass es sich

um eine Aufzählung der größten Kriegsschauplätze der Imperialisten und ihrer Lakaien handelt. Von Afghanistan, in dem neben den Yankee-Truppen auch die deutsche Bundeswehrmacht als Besatzer agieren, über die kürzlichen Einsatzgebiete der letztgenannten, wie Mali oder Somalia bis zum Kriegsgebiet direkt nebenan, in der Ukraine.

Diese dreckige Plakatkampagne des „Heimatministeriums“ bietet jetzt Menschen, die aus diesen Kriegsgebieten, wohlgermerkt die durch die Armeen der Imperialisten, für die Interessen der Imperialisten erzeugten Kriegsgebiete – sei es durch direkte Intervention oder durch die Unterstützung von Lakaien im entsprechenden Land selbst, wie zuletzt in Syrien im Krieg der Interessen des russischen, yankee-, und deutschen Imperialismus – geflohen sind, denen oft Folter, Knast und Tod, aber mindestens ein beschissenes Leben im Elend bevorstehen, diesen Menschen bietet das Innenministerium die Finanzierung einer Wohnung in ebendiesem von (unter anderem) dem deutschen Imperialismus geschaffenen Elend an.

Mal abgesehen davon, dass man auf der angepriesenen Website natürlich auf einer behördentypischen, höchst unübersichtlichen Seite landet, auf der sich zurechtfinden eine Aufgabe für sich ist, ist dieses „Angebot“ dieses Scheißvereins natürlich auch nur ein äußerst zynisches Lockangebot, das lange nicht für alle Länder überhaupt gilt. Auch gelten hier



Freiwillige Rückkehr

Jetzt bis zum 31.12.2018 bis zu zwölf Monate zusätzlich Kosten für die Wohnung im Herkunftsland sichern.

www.ReturningfromGermany.de



Voluntary return Get up to 12 months' additional financial assistance for housing in your country of origin when you apply by 31 December 2018	بازگشت داوطلبانه در صورت بازگشت داوطلبانه تا 31 دسامبر 2018 تا 12 ماه هزینه اضافی برای اجاره در کشور شما را تضمین می‌کند.	Retour volontaire Jusqu'à 12 mois de frais supplémentaires offerts pour un logement dans votre pays d'origine.	العودة الطوعية إلى الوطن تحتى 31 ديسمبر 2018 حتى 12 شهرا تكاليف إضافية لتأمين السكن في بلدك الأصلي.	Добровольная репатриация До 31.12.2018 вы можете получить дополнительное финансовое пособие на проживание в вашей стране.	بازگشت داوطلبانه تا 31 دسامبر 2018 تا 12 ماه هزینه اضافی برای اجاره در کشور شما را تضمین می‌کند.
English	Rus	French	Arabic	Russian	Russian

verschiedene Angebote, am meisten „Unterstützung“ bekommt man natürlich, wenn man das Angebot annimmt, bevor überhaupt über den Asylantrag entschieden wurde:

„**Stufe 1:** Sie erhalten 1.200 EUR (Kinder unter 12 Jahren 600 EUR) wenn Sie noch vor Abschluss des Asylverfahrens eine freiwillige Rückkehr beantragen.

Stufe 2: Sie erhalten 800 EUR (Kinder unter 12 Jahren 400 EUR) wenn Ihr Asylantrag abgelehnt wurde und Sie sich innerhalb der gegebenen Ausreisefrist für eine freiwillige Rückkehr entscheiden.“

Die angepriesenen 12 Monate Kosten für die Wohnung kann auch keine besonders lebenswerte Wohnung sein, der Maximalbetrag dafür sind nämlich 1000€ (für Familien 3000€). Und natürlich auch gebunden an bestimmte Arbeiten oder Ausstattung in der Wohnung. Wie es bei Erpressungen üblich ist, wird ein Teil der Kohle auch einbehalten, bis man mehrere

Monate im jeweiligen Land geblieben ist. Übrigens: wenn man in ein „aufnahmeberechtigtes Drittland“ reist, bekommt man gar nichts.

Genug über die Kampagne selbst. Warum wird diese Kampagne gemacht?

Die BRD als dominierende imperialistische Macht innerhalb der Europäischen Union versucht alles um ungeliebte Migranten, dessen Leid sie selbst erzeugt, los zu werden. Hier besteht natürlich ein Widerspruch, da sie gleichzeitig die Arbeitskraft eben jener Migranten dringend benötigt, um für noch weniger Lohn als gerade dafür gezahlt wird die Dreckarbeit zu machen. Die wichtigste Aufgabe der Migranten für die BRD ist allerdings die Spaltung der Arbeiterklasse, die die Bourgeoisie damit erreichen will. Deutsche gegen Ausländer, Europäer gegen Afrikaner und Araber. In der Frage des Lohns dann auch: Hungerlohn gegen noch weniger Hungerlohn. Um diesen niedrigen Lohn durchzusetzen müssen die Migranten natürlich zum einen genug Angst haben, keine Probleme zu machen, und zum anderen dankbar dafür sein, nicht deportiert worden zu sein. Aber die nächste Frage steht schon im Raum, warum soll „freiwillig“ ausgereist werden, warum nicht einfach mit Gewalt abschieben so wie sonst auch. Weil der Staat Angst hat. In letzter Zeit stoßen die Bullen immer wieder auf großen Widerstand bei Abschiebeversuchen, was immer häufiger dazu führt, dass die Deportation nicht durchgeführt werden kann, ohne massenhafte Unterstützung anzufordern. Und genau diese Bilder von kämpfenden Menschen, deren Rebellion gerechtfertigt ist, will die BRD nicht. Jedoch dürfen wir nicht vergessen, dass dieser neue abartige Vorstoß nur einer von unendlich vielen Ausdrücken des Imperialismus ist, wenn auch ein besonders offener. Es hat keinen Sinn nur die Rückreisekampagne zu denunzieren und zu bekämpfen, das führt nicht zu Frieden und Freiheit. In Hamburg haben auch schon Kräfte begonnen, diese Kampagne anzugreifen. Auch wenn die Parole, die dabei genutzt wurde, diskutiert werden muss, so ist doch die Initiative, diesen Scheißdreck aus unseren Vierteln fernzuhalten, eine gute.*



Sticker oben rechts: „Hier wurde Nazipropaganda überklebt“

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT - EMANZIPATION DER FRAU?

Seit nun 100 Jahren ist den Frauen in der BRD gewährt, wählen zu gehen. Am 12. November 1918 verkündete die 3 Tage zuvor ausgerufene deutsche Republik bzw. die Reichsregierung dieser, das Frauenwahlrecht. Dieses Recht beinhaltet schlicht und einfach, dass sich auch Frauen an den bürgerlichen Wahlen beteiligen und somit angeblich auch für ihre Interessen eintreten dürfen. Die Forderung der Frauen, auch wählen zu dürfen war zum damaligen Zeitpunkt voll und ganz gerechtfertigt, gerade um die Frau am politischen Prozess zu beteiligen. Kommunistinnen wie Clara Zetkin, die eine große Führerin der Frauenbewegung war und die nie die Notwendigkeit der proletarischen Revolution, und die großartige Perspektive dieser, außer Acht ließ, aber auch liberale Kräfte, Schritten damals voran und erkämpften erfolgreich ihre Forderungen und ihr Recht. Die Herrschenden konnten die Frauenbewegung nicht mehr ignorieren und mussten, um ihre Macht zu erhalten auf die Forderungen eingehen. Das alles hing unmittelbar zusammen mit der ebenfalls 1918 stattgefundenen Novemberrevolution über die wir bereits in der letzten Ausgabe der Roten Post berichteten.

Doch wollen wir zu heute kommen. Am 12. November 2018 feierte die BRD das 100 jährige Jubiläum des Frauenwahlrechtes. Ganz an der Spitze dieser Feierlichkeiten stand selbstverständlich die höchste Repräsentantin des deutschen Imperialismus, Bundeskanzlerin Angela Merkel. Neben Frau Merkel standen weitere Frauen, die es hier im System des bürgerlichen Staates ganz nach oben geschafft haben im Rampenlicht, die als Symbol für die angebliche Emanzipation der Frau dienten. Um das 100. Jubiläum wurde bereits im Voraus ein riesengroßes Spektakel veranstaltet. Auf Werbeflächen, an Bus- und Bahnhaltestellen oder im Fernsehen wurde sich viel mit dem Thema befasst. Im Endeffekt eine große Propaganda Kampagne des bürgerlichen Staates BRD, die ihren Höhepunkt am 12. November selbst fand. Eine Kampagne, die eine Illusion unter uns Frauen schüren, soll. Eine Kampagne, die die Existenz des Patriarchats heutzutage in Deutschland verschleiert. Eine Kampagne, in der zwar festgestellt wird, dass in Realität keine vollkommene Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau herrscht, die uns aber erzählen will, dass all diese Probleme innerhalb dieses Systems zu lösen wären. Eine durch und durch reaktionäre



Kampagne. Denn was hat sich für uns Frauen der Arbeiterklasse im Endeffekt getan? Was haben die Herrschenden, was hat der bürgerliche Feminismus für die Frauen erkämpft? Was es uns gebracht hat ist ganz klar, absolut nichts, was uns weiterhilft. Und das wissen auch die meisten. Die Zustimmung für dieses System sinkt im Allgemeinen. Das spiegelt sich vor allem wider in den Zahlen zur Wahlbeteiligung. Bei der Bundestagswahl im letzten Jahr, machten nur zwei Drittel der Frauen in Deutschland von ihrem Wahlrecht gebrauch. Das Vertrauen in dieses System sinkt und deshalb wird auch gerade von den Herrschenden im Zuge dieser Kampagne nochmal der Appell ausgesprochen wählen zu gehen. Behauptet wird natürlich wieder, dass man nur durchs Wählen am politischen Prozess teilnehmen kann und nur so auch für seine eigenen Interessen eintreten kann. Also wie immer die alten verlogenen Behauptungen, die dieses kaputte Ausbeutersystem legitimieren sollen. Denn die wirklich wichtigen Dinge, wie bspw. das Recht auf Eigentum und damit die Grundlage dieses Systems, stehen bei der Wahl überhaupt nicht zur Debatte. Deswegen hat der bekannte Spruch „würden Wahlen etwas ändern, dann wären sie verboten“ weiterhin seine Gültigkeit.

Heute ist es Normalität, dass Frauen von anderen Frauen ausgebeutet und unterdrückt werden. Doch uns kann es absolut egal sein ob unser Chef ein Mann oder eine Frau ist, denn im Endeffekt ändert das nichts an unserer Situation. Unsere Klasse ist nach wie vor der entscheidende Faktor und spaltet die Gesellschaft mehr als das Geschlecht sie spaltet. Doch eine Frau zu sein hat abseits der Biologie Auswirkungen auf unser Leben, wir Frauen sind doppelt unterdrückt. Zum einen tragen wir als Arbeiterinnen die Last des imperialistischen Systems in Form der Lohnarbeit auf unseren Schultern, während wir zudem noch die Belastung durch das Patriarchat ertragen müssen. Erst schufteten für unseren Chef oder eben heutzutage auch nicht selten für unsere Chefin und dann sollen wir uns noch um die Kinder und den Haushalt kümmern. Einen Job zu finden bei dem genug Kohle rum kommt ist gar nicht so einfach, wenn eben aufgrund der patriarchalen Belastung die gesamte Reproduktionsarbeit von uns Frauen erledigt werden muss.

Und das, diese Doppelbelastung von Imperialismus und Patriarchat, soll also unsere Emanzipation sein?!

Die Herrschenden und die bürgerliche Presse behaupten eine Lösung gefunden zu haben für all diese Probleme und für die endgültige Emanzipation der Frau. Ein Teil dieser Lösung soll die sogenannte Frauenquote sein, die vor allem in den Führungsriege großer Unternehmen und in der Politik angewandt werden soll. Dazu kommen die „Nein heißt Nein“-Gesetze, die ein Versuch des Staates sind, uns Frauen vorzugaukeln, dass das Problem der sexuellen Gewalt hier in diesem System mit irgendeinem Gesetz zu lösen wäre. Es wird sich immer und immer wieder beklagt, dass Gesetze wie die Quote und das „Nein heißt Nein Gesetz“ notwendig sind, verkauft sie allerdings als die einzige Lösung. Und dann wird die Frauenquote gerne auch mal zur höchsten Form des Kampfes für die Emanzipation der Frau erhoben. So wurde in einem Kommentar des Westdeutschen Rundfunk in einer der wichtigsten deutschen Nachrichtensendung, den Tagesthemen, am 12. November gesagt: dass „...der Kampf um echte Gleichberechtigung noch nicht gewonnen ist und dass er manchmal mit der Brechstange oder wenn es denn gar nicht anders geht auch mit der Quote geführt werden muss.“ Doch wir können uns nicht auf die Gesetze dieses Staates verlassen. Wir müssen selbst die Initiative ergreifen, uns organisieren und unsere tatsächliche Emanzipation, unter Führung der Kommunistischen Partei, erkämpfen. Denn nur der Kommunismus kann unsere wirkliche, vollkommene Emanzipation und die Befreiung der Menschheit sein. Die angeblichen Lösungen der Herrschenden dienen eben nur dem Zweck ihr schäbiges System und ihre Macht zu erhalten und unseren Kampf zu verhindern. Den Frauen vorgaukeln, dass sie dadurch gleiche Chancen bekämen wie Männer und so auch vieles innerhalb dieses kaputten Systems erreichen können.

Persönlichkeiten wie Angela Merkel dienen da natürlich als hervorragende Beispiele und Vorbilder. Doch eine Frauenquote wird uns nicht weiterhelfen. Uns kann es egal sein wie viele Frauen im Bundestag oder in den Vorständen der großen Unternehmen sitzen. Und wir dürfen uns keines falls täuschen lassen von den Propagandaaktionen der Herrschenden. *

FEINE SAHNE FISCHFILET ANTIFASCHISTISCHE KULTUR?

Feine Sahne Fischfilet gehört zu den bekannteren Bands mit einem offen antifaschistischen und linken bis linksradikalem Image. Auch über die linke Subkultur hinaus erreichen sie Leute und spielen vor tausenden von Menschen ihre Konzerte. Zuletzt geriet die Band in die Schlagzeilen weil eines ihrer Konzerte nicht im ursprünglichen Veranstaltungsort, dem Bauhaus in Dessau, stattfinden konnte. Das ZDF wollte das Konzert übertragen. Doch die AfD, die CDU und die lokale Naziszene machten mobil. Sie forderten ein Verbot des Konzertes und Faschisten drohten Aufmärsche in Dessau an. Grund genug für das Bauhaus das Konzert abzusagen. Die Stiftung des Bauhauses pochte gegenüber dem ZDF auf ihr Hausrecht, denn das Bauhaus wolle nicht zum „*Austragungsort politischer Agitation und Aggression*“ werden. Außerdem fürchtete man Demonstrationen vor der eigenen Haustür. Also zusammengefasst: Die CDU macht gemeinsame Sache mit der faschistischen AfD und Nazibanden, um den Auftritt einer antifaschistischen Band zu verhindern und der Austragungsort gibt dieser reaktionären Vereinigung nach. Die Band selbst kommentiert dies in einer Stellungnahme zu dem Vorfall treffend mit: „Die Nazis als Kulturberater... na schönen Dank, wir wünschen viel Spaß in der Zukunft (und sehen die Vergangenheit?)“ Die Band machte sich auf die Suche nach einem neuen Veranstaltungsort und wurde recht schnell fündig. Viele größere und kleinere Locations erklärten sich bereit als Veranstaltungsort zu fungieren, am Ende entschied man sich für das Bauhaus. Dort wurde das Konzert dann auch abgehalten. Gründe genug sich mit ihren Inhalten zu beschäftigen. Auf der einen Seite wirkt die Band auf den ersten Blick sehr sympathisch. Sie halten eine antifaschistische Haltung hoch, so sagen sie in einem Interview „*antifaschistische Initiativen dürfen sich auf keinen Fall im Kampf gegen die Faschos auf den Staat verlassen*“. Und in ihren Texten schreiben sie gegen den bürgerlichen Staat und seine Bullen. Außerdem werden sie am laufenden Band von Faschisten und Konservativen angegriffen. Warum? Sie sind Antifaschisten und tauchen in den Verfassungsschutzberichten Mecklenburg-Vorpommerns 2011 bis 2013 auf. Grund dafür sei ihre

„explizit anti-staatliche Haltung“. Dagegen gingen sie juristisch erfolgreich vor. Allerdings haben sich seit diesen Tagen auch ihre Inhalte sehr verändert. „*So etwas würden wir heute nicht mehr singen*“, sagt beispielsweise Olaf Ney, der Schlagzeuger der Band. Und der Leadsänger Monchi versucht zum Ausdruck zu bringen, dass die Aussagen in ihren Texten eben nicht ernst zu nehmen seien: „*Uns gibt es seit 12 Jahren, ich glaube, wir tauchen seit einigen Jahren gar nicht mehr im Verfassungsschutzbericht auf. Und ich möchte nicht wissen, wie oft etwa Bob Marley auf sein Lied ‚I shot the Sheriff‘ angesprochen wurde.*“

Aber in ihren Liedern dreht sich auch viel um exzessiven Drogenkonsum und Hedonismus, sinnbildlich dafür steht ihre neueste Single „*Alles auf Rausch*“. Von solchen Dingen distanzieren sie sich nicht, im Gegensatz zu verbalen Ansagen gegen die Bullen. Und wie ernst sie ihren Kampf gegen den Staat nehmen sieht man auch an den Besuchern ihres Konzerts in Dessau. Zum Konzert am neuen Ort kamen auch mehrere Politiker von Grünen und Linken, etwa der Bundestagsabgeordnete Jürgen Trittin und Sachsen-Anhalts Umweltministerin Claudia Dalbert.

Ein weiterer Aspekt ist, dass so gut wie alle bürgerlichen Medien nach dem Vorfall in Dessau auf ihrer Seite standen. Überall wurde – zurecht – skandalisiert wie ein Raum wie das Bauhaus mit antifaschistischer Vergangenheit so schnell vor den Faschisten einknickt. Aber dass die bürgerlichen Medien diese angeblich so rebellische Band feiern, kann einen genau so stutzig machen wie das staatliche Fernsehsender ihr Sendezeit liefern. Generell finden sich im Internet extrem viele wohlmeinende Artikel – sei es im Spiegel, der Zeit oder anderen liberalen Onlinemagazinen. Überall wird betont wie demokratisch und ungefährlich die Band doch mittlerweile ist. Und es wirkt als hätten wir das alles schon mal gesehen (bzw. gehört). Künstler starten mit einer zumindest korrekten Haltung, werden kommerziell erfolgreich und passen ihre Inhalte immer weiter an den Mainstream an. Sicherlich macht die Band zum Teil auch wichtige Arbeit, aber das ist kein Grund sie von Kritik auszunehmen.

Die Band ist darüber hinaus bei dem Label Audiolith unter Vertrag. Ein Label, welches verschiedene sogenannte „Antideutsche“ als Bands gesignt hat und entsprechend deren reaktionäre Ansichten aktiv fördert. Sogenannte „Antideutsche“ sind bedingungslos parteiisch für das israelische völkermörderische Apartheidsregime und die imperialistische Supermacht USA. Trotzdem bewegen sie sich zum Teil in linken Kreisen und werden dort immer wieder toleriert. Auch mit solchen Menschen macht sich die Band gemein. Das spricht nicht unbedingt für einen besonders konsequenten Antifaschismus.

Die Band Feine Sahne Fischfilet ist sehr widersprüchlich. Sie machen antifaschistische Musik, aber verkörpern auch vieles was an dieser Gesellschaft und ihrer Kultur schlecht ist. Sie stehen für Hedonismus und verbinden sich mit den bürgerlichen Parteien, die ihnen nützen - wie beispielsweise der Linkspartei und den Grünen. Sie sind keine Revolutionäre und nehmen nicht den Klassenstandpunkt des

Proletariats ein, sondern einen kleinbürgerlichen. Auch wenn sie dabei teilweise fortschrittliche Positionen einnehmen. Sie stehen stellvertretend für die linke Bewegung in Deutschland, die in der Hauptsache alle revolutionären Prinzipien verraten hat zugunsten von irgendwelchen Posten in NGOs, Gewerkschaften und staatlich unterstützten Initiativen. Die Band Feine Sahne Fischfilet bietet das musikalische Begleitprogramm zu dieser weichgespülten Variante von „Linkssein“ als Image und bietet damit auch Jugendlichen welche über ihre Musik in Kontakt mit der linken Bewegung in Kontakt kommen eine Identifikationsfläche. •



Antifaschismus - Alles nicht so ernst?



DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:
ROTEPOST@GMX.DE

